

Cloud in der Verwaltung

26. Symposium on Privacy and Security vom 15. Juni 2022

Ueli Buri, Datenschutzbeauftragter des Kantons Bern / Präsident der
Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten (privatim)

1

Ab in die Cloud (wie die Privatwirtschaft), oder nicht?

«Allgemein kann festgehalten werden, dass der **Verzicht auf die M365-Cloud-Lösung dazu führt**, dass der Kanton Zürich sich technologisch ins Abseits manövriert, da er sich **im Unterschied zur Privatwirtschaft** und zu fortschrittlichen Gemeinwesen **dem technologischen Fortschritt verschliesst.**»

Quelle: Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich vom 30.03.2022 («542. Einsatz von Cloud-Lösungen in der kantonalen Verwaltung [Microsoft 365], Zulassung»)

2



Legalitätsprinzip

Art. 5 BV Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

¹ Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.

→ Staat darf Private nur im Rahmen des Rechts einschränken

Datenschutzrecht: Private dürfen Personendaten bearbeiten, solange sie die **Persönlichkeit** der betroffenen Personen **nicht widerrechtlich verletzen**

→ Staat darf selber nur im Rahmen des Rechts handeln

Datenschutzrecht: Öffentliche Organe dürfen Personendaten nur bearbeiten, soweit dafür **eine genügende Rechtsgrundlage besteht**

3



Privates Datenschutzrecht

Art. 30 nDSG Persönlichkeitsverletzungen

¹ Wer Personendaten bearbeitet, darf die Persönlichkeit der betroffenen Personen nicht widerrechtlich verletzen.

Art. 31 nDSG Rechtfertigungsgründe

¹ Eine Persönlichkeitsverletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung der betroffenen Person, durch ein **überwiegendes privates** oder öffentliches **Interesse** oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

→ Abwägung zwischen zwei privaten Interessensphären, welche sich *beide* auf verfassungsmässige Rechte stützen

4



Einwilligung der betroffenen Person

z.B. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Zürcher Kantonalbank:

15. Auslagerung von Geschäftsbereichen und Dienstleistungen

Die Bank kann Geschäftsbereiche und Dienstleistungen, z.B. [...] **Betrieb von Informations- und Kommunikationstechnologien**, ganz oder teilweise an Konzerngesellschaften oder Dienstleister **im In- und Ausland auslagern**.

16. Datenschutz und Bankkündengeheimnis

Die Bank **bearbeitet Kundendaten** zur Abwicklung ihrer Leistungen und **für eigene** oder gesetzlich vorgeschriebene **Zwecke**. Dazu gehören z.B. Marketing, Marktforschung, Statistik und Planung, Produkteentwicklung und Geschäftsentscheide, die den Kunden oder die Bank betreffen [...].

Der Schutz von **Kundendaten, die ins Ausland gelangen**, richtet sich nach dem jeweiligen ausländischen Recht. Dessen Bestimmungen regeln Zulässigkeit und Umfang einer Bekanntgabe dieser Kundendaten an Behörden oder weitere Dritte.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass das schweizerische Bankkündengeheimnis und Datenschutzrecht in diesen Fällen keinen Schutz gewährt, und entbindet die Bank von ihrer Wahrung.

5



«Wo kein Kläger, da kein Richter...»

- Durchsetzung des privaten Datenschutzrechts via ZGB / ZPO
 - Dispositions- und Verhandlungsgrundsatz (Art. 58/55 ZPO)
 - Beweislast für Persönlichkeitsverletzung und allfälligen Schaden (Art. 8 ZGB)
Botschaft nDSG, Ziff. 1.7.2 :
«Auf eine Beweislastumkehr nach dem Beispiel von Artikel 13a des Bundesgesetzes [...] über den unlauteren Wettbewerb (UWG) hat der Bundesrat verzichtet»
 - Busse bei vorsätzlicher Verletzung von Sorgfaltspflichten (Art. 61 nDSG)
 - auf Antrag einer verletzten Person
 - Beweislast bei Strafverfolgungsbehörden
- Privatwirtschaft: Beurteilung der Cloud-Risiken **für sich selber !**

6

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

Art. 13 BV Schutz der Privatsphäre

² Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.

BGE 147 I 346 E. 5.3: «Im Bereich des Datenschutzes garantiert das **verfassungsmässige Recht auf informationelle Selbstbestimmung**, dass grundsätzlich **ohne Rücksicht darauf, wie sensibel die Informationen tatsächlich sind**, jede Person gegenüber fremder [...] Bearbeitung von sie betreffenden Informationen **bestimmen können muss, ob und zu welchem Zweck diese Informationen über sie bearbeitet werden**».

Art. 35 BV Verwirklichung der Grundrechte

¹ Die Grundrechte müssen in der ganzen Rechtsordnung zur Geltung kommen.

² **Wer staatliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden** und verpflichtet, zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

7

Legalitätsprinzip im öffentlichen Datenschutzrecht

Art. 36 BV Einschränkungen von Grundrechten

¹ Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. [...]

- Öffentliche Organe dürfen Personendaten nur bearbeiten, wenn dafür eine **gesetzliche Grundlage** besteht (z.B. Art. 34 Abs. 1 revDSG)
- «Bearbeiten» ist jeder Umgang mit Personendaten, auch Bekanntgabe* an einen Auftragsbearbeiter
- Gesetzliche Erlaubnis zum Outsourcing ist für öffentliche Organe konstitutiv, **Anforderungen sind zwingend einzuhalten**

8

Anforderungen an Auftragsbearbeitung

Outsourcing von Datenbearbeitung ist **nur zulässig**, sofern:

- der Auftragsbearbeiter die Daten nur so bearbeitet, wie das öffentliche Organ selbst es dürfte,
- keine Geheimhaltungspflichten entgegenstehen,
- der Auftragsbearbeiter die Datensicherheit gewährleistet und
- Unterbeauftragte nur mit vorgängiger Zustimmung des öffentlichen Organs bezieht,
- keine Daten in Staaten ohne angemessenen Datenschutz übermittelt werden.

Öffentliches Organ bleibt für den Datenschutz verantwortlich, **Verstoss gegen gesetzliche Vorgaben ist Grundrechtsverletzung!**

9

Vom Risiko im öffentlichen Datenschutzrecht

Grundrechte sind ihrer selbst willen (= nicht erst im Hinblick auf konkrete Nachteile/mögliche Folgeschäden für die betroffene Person) zu schützen

ABER: Verhältnismässigkeit jedes staatlichen Handelns (Art. 5 Abs. 2 BV)

→ auch öffentliches Datenschutzrecht ist risikobasiert

z.B. Art. 8 nDSG:

¹ Der Verantwortliche und der Auftragsbearbeiter gewährleisten durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen eine **dem Risiko angemessene Datensicherheit**.

Risiko = je nach Eintrittswahrscheinlichkeit einer Grundrechtsverletzung sowie deren Umfang und Schwere bei tatsächlichem Eintritt

10

Cloud: nur «Lawful Access» als Risiko?

«Bei Cloud-Lösungen bestehen **grundsätzlich nicht höhere Risiken für die Informationssicherheit und den Datenschutz** als bei On-Premise-Lösungen. Das Risikoprofil kann sich aber unterscheiden. Während Schutzziele wie Verfügbarkeit in der Cloud grundsätzlich besser erreicht werden können, gibt es in Bezug auf Cloud-Lösungen von ausländischen Unternehmen **ein Risiko im Bereich 'Lawful Access'**.»

Quelle: Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich vom 30.03.2022 («542. Einsatz von Cloud-Lösungen in der kantonalen Verwaltung [Microsoft 365], Zulassung»)

11

Übersicht Cloud-spezifische Risiken

Kernrisiko = **Kontrollverlust** beim Schutz von Grundrechten !

- Gestaltungsspielraum Vertragsbedingungen
 - ISDS-Verhaltens-/Sorgfaltspflichten des Auftragsbearbeiters
 - Kontrollrecht und -möglichkeit
 - Durchsetzbarkeit (Rechtswahl und Gerichtsstand)
- Ort(e) der Datenbearbeitungen
- Vertraulichkeit / Geheimnisschutz
- Zugriffe von ausländischen Behörden
- Umgang mit Daten über Nutzer:innen
- Einsatz von Unterbeauftragten
- Informationssicherheitsmassnahmen

...nimmt zu, dass sein Volumenlizenzvertrag [...] zusammen mit Dokumentation und der Verwendung und Konfiguration der Produkte durch den Kunden **die vollständigen und dokumentierten des Kunden gegenüber Microsoft [...] darstellen**».

...r Kunde Microsoft, [...] personenbezogene **Daten in die Verein von Amerika oder in jedes andere Land zu übermitteln**, in oder ihre Unterauftragsverarbeiter tätig sind, [...] ausgenommen anderer Stelle in den DPA-Bestimmungen beschrieben».

...in Unterauftragsverarbeiter beauftragen, bestimmte [...] :in für Microsoft zu erbringen. **Der Kunde erklärt sich einverneine solche Beauftragung erfolgt** [...] Microsoft stellt Infor-Unterauftragsverarbeiter auf einer Microsoft-Website zur

Subprocessor	Corporate Location	Type of Data
Infosys Ltd	India	Customer Data Pseudonymous

12

Vertraulichkeit

z.B. Art. 22 nDSG:

² Das **hohe Risiko** ergibt sich, insbesondere **bei Verwendung neuer Technologien**, aus der Art, dem Umfang, den Umständen und dem Zweck der Bearbeitung. Es liegt namentlich vor:
a. **bei der umfangreichen Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten.**

- Schutz aller Personendaten gegen unbefugten Zugang durch Dritte
Transportverschlüsselung zwingend, angemessener Schutz von «data at rest»
- Schutz von besonderen Personendaten vor erhöhten Risiken beim Cloud-Anbieter
 - Verschlüsselung durch das öffentliche Organ
 - Verschlüsselung durch Cloud-Anbieter, sofern angemessener Schutz durch übrige Massnahmen gewährleistet ist (→ ist nachvollziehbar darzulegen)


13

Geheimnisschutz

Darf Cloud-Anbieter (inkl. Mitarbeitende/Subunternehmen) Zugang zu Geheimnis erhalten?

- Unterschiedliche Lehrmeinungen zum Berufsgeheimnis
- Amtsgeheimnis:
 - Richtet sich an Geheimnisträger:in als Einzelperson, nicht an öffentliches Organ
 - «Geheimnis» = nicht allgemein bekannt oder zugänglich
 - Ermöglichen der Kenntnisnahme genügt
 - Art. 320 StGB gilt zzt. für Behördenmitglieder und Beamte, nicht für Hilfsperson
 - Bundesrat: Bekanntgabe an Hilfsperson ohne Einwilligung ist strafbar, indirekte Änderung im ISG (2023)
 - BR Keller-Sutter in Fragestunde NR vom 14.03.2022: Änderung wird auch für ICT-Leistungserbringer im Ausland gelten (?), letztlich werden Gerichte im Einzelfall entscheiden (!)
- Empfehlung: Beizug vorgesetzte Behörde + besondere Vertraulichkeit

14



Kanton Bern
Canton de Berne

15

Ausländische Behördenzugriffe auf Daten in der Schweiz


z.B. **CLOUD Act**:

«This bill amends the federal criminal code to specify that an electronic communication service (ECS) or remote computing service (RCS) provider must comply with existing requirements to preserve, backup, or **disclose the contents of an electronic communication or noncontent records** or information pertaining to a customer or subscriber, **regardless of whether the communication or record is located within or outside the United States.**»

- Tatsächlicher Zugriff wäre unzulässige Bekanntgabe an Dritten (kein Staatsvertrag – auch nicht CCC! – und nicht gemäss IRSG), ggf. in Staat ohne angemessenes Datenschutzniveau
- Cloud-Anbieter kann Vertraulichkeit nicht verbindlich versprechen

Deshalb: Unklar, inwieweit Raum für risikobasierten Ansatz besteht → je nach Schutzbedarf unterschiedliche Massnahmen (inkl. Verzicht)

15



Kanton Bern
Canton de Berne

16

Daten über Nutzerinnen und Nutzer

z.B. **Art. 57j RVOG**:

¹ Bundesorgane [...] dürfen Personendaten, die bei der Nutzung ihrer **oder der in ihrem Auftrag betriebenen elektronischen Infrastruktur** anfallen, nicht aufzeichnen und auswerten, ausser wenn dies **zu den in den Artikeln 57I–57o aufgeführten Zwecken** nötig ist.

<ul style="list-style-type: none"> – Cloud-Anbieter darf nur Daten und nur zu Zwecken erheben/bearbeiten, wie das öffentliche Organ es dürfte – Cloud-Anbieter ist nicht «Controller» mit eigenen privaten Interessen: keine Rechtsgrundlage für Bekanntgabe 	<p>beitet Personendaten zur Leistungserbringung und für tigkeiten von Microsoft, d.h. «(1) Abrechnungs- und (2) Vergütung (z. B. Berechnung von Mitarbeiter-Partner-Incentives); (3) interne Berichterstattung und (4) Prognose, Umsatz, Kapazitätsplanung, (5) Bekämpfung von Betrug, Cyberkriminalität oder die Microsoft oder Microsoft-Produkte betreffen (6) Verbesserung der Kernfunktionalität in Bezug auf Barrierefreiheit oder Energieeffizienz; und (7) Finanzberichterstattung gesetzlicher Verpflichtungen».</p>
--	---

16



Umfassende Risikobeurteilung


z.B. Art. 22 nDSG:

³ Die Datenschutz-Folgenabschätzung enthält eine Beschreibung der **geplanten Bearbeitung**, eine Bewertung der **Risiken für [...] die Grundrechte** der betroffenen Person sowie die **Massnahmen** zum Schutz [...] der Grundrechte.

Nutzungskonzept:

→ Welche Daten müssen/sollen durch wen (alles) wozu bearbeitet werden können?

ISDS-Konzept:

- Risiken: Beschreibung und Bewertung der Risiken für alle Betroffenen (differenziert nach Inhalten und ev. Services)
- Massnahmen: technisch (insbes. ) , organisatorisch und (soweit mögl.) vertraglich
 - müssen Risiken für die Grundrechte beseitigen oder auf ein tragbares Mass reduzieren

17



Risikoentscheid

- Zusätzliche Risiken müssen durch unverzichtbare Vorteile
 - des Online-Dienstes gegenüber einer gleichwertigen Variante *on premise* und
 - des Produkts gegenüber risikoärmeren Produkten anderer Anbieter aufgewogen werden
- Auf Datenbearbeitungen mit hohen Restrisiken ist zu verzichten
- Es muss ein «Plan B» für untragbare Veränderungen bestehen
- Entscheid muss vom obersten Leitungsorgan getroffen werden
- Bei Daten unter gesetzlicher Geheimhaltungspflicht: Beizug vorgesetzte Behörde bzw. Aufsichtsbehörde empfohlen

18



Kanton Bern
Canton de Berne

19

Kontakt

Ueli Buri, Datenschutzbeauftragter
+41 31 636 64 46 (direkt), ueli.buri@be.ch

Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern (DSA)
Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen
+41 31 633 74 10, www.be.ch/dsa